Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

54. Jahrgang.

№ 26. Donnerstag, den 28. Februar **1907.**

Bekanntmachung.

Das Austragen der Anlagenzettel auf das Jahr 1907 wird heute beendet.

Es wird daher in Gemäßheit von § 22 des Regulativs über die Erhebung der Gemeindeanlagen bekannt gegeben, daß etwaige **Reklamationen gegen die Höhe der Einschätzung** innerhalb einer vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab zu rechnenden **14tägigen** und **spätestens bis zum 14. März d. J. laufenden Frist** unter gehöriger Beobachtung der auf den Anlagenzetteln vorgedruckten diesbezüglichen Bestimmungen bei dem unterzeichneten Stadtrate einzureichen sind. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Reklamationen haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Die Angaben in den Reklamationsschriften über die **Höhe der einzelnen Einkommen sind bei Verlust des Anspruchs auf Berücksichtigung der Reklamationen wahrheitsgetreu** zu machen und gehörig zu beweisen.

Ferner wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 21 obigen Regulativs eine jede abgabenpflichtige Person, welche bei der Einschätzung bez. bei der Austragung der Anlagenzettel übergangen worden sein sollte, verpflichtet ist, dies sofort anzuzeigen und sich Bescheidung wegen ihrer Einschätzung bez. der zu zahlenden Anlagen zu holen, sowie daß nach § 28 des Abgabenregulativs eine Reklamation den Anlagenpflichtigen nicht von der Verpflichtung, an den festgesetzten Terminen den vollen Anlagenbetrag zu entrichten, befreit, indem die Ausgleichung betreffs des etwa Zuvielgezahlten nach Beendigung des Reklamationsverfahrens erfolgt.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß am 1. März ds. Js. der erste Termin fällig ist, und daß zu dessen Bezahlung eine dreiwöchige Frist nachgelassen ist, sowie daß nach Ablauf dieser Frist **ohne vorherige persönliche Erinnerung** gegen säumige Zahler die Zwangsvollstreckung verfügt werden wird.

Eibenstock, den 28. Februar 1907.

Der Stadtrat.
Hesse. Bg.

15 000 Mk. — Pf.

Stadtkassengelder sind zu mäßigem Zinsfuße gegen sichere Hypothek **auszuleihen.**

Stadtrat Eibenstock.

3. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

Freitag, den 1. März 1907, abends 8 Uhr
im Sitzungssaale des Rathauses.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
G. Diersch.

Tagesordnung:

1) Beschlußfassung wegen eventuellen Ausbaues des alten Rathauses.
2) Ausbau des Dachgeschosses im neuen Rathause.
3) Herstellung von Windfangtüren in den Volksschulgebäuden.
4) Umwandlung des Tagegelder- 2c. Regulativs in ein Ortsgesetz.
5) Neuordnung der Schulgeldsätze für die Selekta.
6) Pflasterung der Bergstraße betreffend.
7) Nachverwilligung von Mitteln für die Herstellung des Krankenzeltes der Sanitätskolonne.
8) Stiftungen für das neue Rathaus.
9) Kenntnisnahme von Verwilligung einer Staatsbeihilfe zur Unterhaltung des hiesigen Schulwesens.

Geheime Sitzung.

Holzversteigerung auf Sosaer Staatsforstrevier.

Im „Ratskeller" in Aue

Dienstag, den 5. März 1907, von vormittags ½9 Uhr an

3596 fichtene **Klötzer** von 7—15 cm Oberstärke, 8185 „ „ „ 16—54 „ „ } 3,5—4,5 m lang,
3 buchene „ „ 37—43 „ „ 3 und 3,5 m lang,
15 rm fichtene **Nutzknüppel,**
} in Abt. 23 (Kahlschlag).

und im Gasthof „zur Sonne" in Sosa

Mittwoch, den 6. März 1907, von mittags 12 Uhr an

17 rm buchene und 243,5 rm fichtene **Brennhölzer,**

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von dem unterzeichneten Forstrentamte abgegeben.

Sosa und Eibenstock, am 25. Februar 1907.

Kgl. Forstrevierverwaltung. **Kgl. Forstrentamt.**

Holzversteigerung auf Carlsfelder Staatsforstrevier.

In der Bahnhofsrestauration Wilzschhaus

Donnerstag, den 7. März 1907, von vormittags ½9 Uhr an

6859 ficht. **Klötzer** 7—15 cm Stärke, 3623 ficht. **Klötzer** 16—22 cm Stärke,
4792 „ „ 23—50 „ „ 132,5 rm ficht. **Nutzknüppel,**
2003 rm verschiedene ficht. **Brennhölzer.**

Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, soweit der Vorrat reicht, auf Verlangen von der unterzeichneten Revierverwaltung abgegeben.

Carlsfeld und Eibenstock, am 25. Februar 1907.

Kgl. Forstrevierverwaltung. **Kgl. Forstrentamt.**

Handelsschule Eibenstock.

Die diesjährige **Aufnahmeprüfung** findet **Montag, den 8. April, früh 8 Uhr** im Schulgebäude statt. Das **Schulentlassungszeugnis** ist mitzubringen. Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete Mittwochs von 12—1 Uhr in seinem Sprechzimmer (Fachschulgebäude 1 Treppe links, Ecke Schul- und Bodelstraße) entgegen.

Der Kursus ist 3jährig und umschließt folgende Disziplinen: Deutsch, (Grammatik, fachwissenschaftliche Aufsätze, Literatur und Lektüre), Handelslehre und Korrespondenz, Handels- und Wechselrecht, einfache und doppelte Buchführung, Musterkontor, kaufmännisches Rechnen, Wirtschaftsgeographie, gewerbliche Geschmacks- und Stillehre, französische und englische Sprache (Grammatik, Konversation und Korrespondenz), Schreiben, Zeichnen, Stenographie und Maschinenschreiben.

Die Sprachklassen sind nach der Befähigung der Schüler in Parallelklassen eingeteilt.

Schüler aus dem gewerblichen Stande können außer den gesetzlichen Fächern (Deutsch und Rechnen) die anderen Disziplinen nach Belieben wählen. Schreiberlehrlinge werden auf Wunsch vom fremdsprachlichen Unterricht befreit.

Das Schulgeld beträgt für Handlungs- und Schreiberlehrlinge, deren Prinzipale dem Handelsschulvereine angehören, sowie für Handwerkerlehrlinge bei vollem Unterricht 60 M., bei Wegfall des fremdsprachlichen Unterrichtes 36 M. jährlich, für andere Lehrlinge 80 und 48 Mark.

Eibenstock, den 26. Februar 1907.

Jllgen.

Die Rede des Reichskanzlers.

Wie zu erwarten stand, hat der Reichstag am Montag bei Beginn der ersten Lesung des Etats einen großen Tag gehabt, da der Reichskanzler Fürst von Bülow Gelegenheit nahm, bedeutsame programmatische Ausführungen zu machen.

Fürst Bülow wies einleitend mit wuchtiger Kraft den vorher unternommenen unzulänglichen Versuch des Abgeordneten Spahn zurück, das Zentrum reinzuwaschen. Wohl erkannte er dankbar an, daß das Zentrum in der Vergangenheit auch vielfach an der Erfüllung nationaler Aufgaben mitgewirkt habe, sein Verhalten am 13. Dezember vorigen Jahres aber sei im höchsten Maße unnational gewesen und nur aus dem Streben zu erklären, der Regierung das klerikale Parteijoch aufzuzwingen. Scharf zerpflückte Fürst Bülow alsdann die Lügen, mit denen ein Teil der Zentrumspresse während des Wahlkampfes operiert hat. Man habe mit dem Gespenst des Absolutismus und des drohenden Verfassungsbruches Schrecken zu verbreiten und die Wähler einzufangen versucht, während in Wirklichkeit die verbündeten Regierungen mit der Auflösung des Reichstages doch nur von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht hätten. Weiter gehöre zu den gröbsten Wahrheitsentstellungen, die im Wahlkampfe eine Rolle gespielt hätten, die Behauptung, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. So etwas zu verbreiten, sei nicht nur direkt wahrheitswidrig, sondern auch eine unpatriotische Handlung gewesen. Ihren Höhepunkt aber erreichte die Kritik des Reichskanzlers am Zentrum, als er das die Sozialdemokratie fördernde und unterstützende Verhalten dieser Partei im Wahlkampfe geißelte.

Mit schneidender Schärfe wies Fürst Bülow auf den immensen Widerspruch hin, der darin liege, daß eine Partei wie das Zentrum mit der Sozialdemokratie zusammengehe. „Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer Basis, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundsätzen, nach ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumspartei." Es waren ernste bittere Wahrheiten, die das Zentrum hier zu hören bekam, und wir sind überzeugt, daß bei ihrem Anhören mancher Zentrumsmann brennende Scham über das Verhalten des radikalen Flügels seiner Partei empfunden haben wird.

Aber auch abgesehen von dem kritischen Teile seiner Ausführungen hat Fürst Bülow am Montag manches wahre und treffende, manches schöne und erhebende Wort gesprochen. So muß es in allen patriotischen Kreisen jubelnde Freude wachrufen, daß der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, die Regierung werde bei künftigen Wahlen noch ganz anders für Aufklärung sorgen, noch in weitaus höherem Maße die Führung der Nation im Kampfe gegen die inneren Feinde übernehmen. Das ist es, dessen Deutschland dringend bedarf, und wonach alle gutgesinnten Kreise stets verlangend ausgeschaut haben. Mit warmen Worten pries der Reichskanzler den nationalen Sinn des deutschen Volkes, das den Wahlsieg erfochten habe, und in deutlich vernehmbarer Weise wandte er sich an die Adresse des Auslandes, als er feststellte, daß diejenigen sich täuschen, die da zweifeln, „daß wir in großen Momenten, wo es um Ansehen, Ehre und Stellung des Landes geht, über eine große, über eine gewaltige Mehrheit im deutschen Volke verfügen."

Zum Schlusse hat der Reichskanzler auch in großen Umrissen ein Bild der Zukunft, wie er sie sich denkt und wünscht, zu zeichnen unternommen. Vor allem mahnte er aufs eindringlichste, die nationale Blockbildung vom 13. Dezember vorigen Jahres als eine dauernde Errungenschaft unseres politischen Lebens festzuhalten. Die Wirtschaftspolitik soll sich in dem bisherigen Gleise fortbewegen, andererseits aber sollen auch den Liberalen mancherlei Konzessionen gemacht werden. Als derartige Zugeständnisse stellte Fürst Bülow eine einheitliche Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes, Ersparnisse in der Armee, eine Reform des Strafrechtes und der Strafprozeßordnung, sowie eine Umwandlung des Börsengesetzes in Aussicht. Er schloß mit dem Ausdrucke des Wunsches, daß die künftige Politik getragen sein möge von Vertrauen unter den Mehrheitsparteien und zwischen den Verbündeten Regierungen. In allen nationalgesinnten Kreisen unseres Volkes wird dieser Wunsch sicherlich einen lebhaften und kraftvollen Widerhall finden.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg beabsichtigt seine erste Kolonialreise, für die er vier Monate in Aussicht genommen hat, auf Ostafrika zu beschränken. Er gedenkt seine Reise, wie ein Berliner Blatt meldet, unmittelbar nach Schluß der Reichstagssession, die etwa für Mitte Mai zu erwarten sein dürfte, anzutreten.

— Die aktive Schlachtflotte soll, wie verlautet, fortan den Namen Hochseeflotte führen. Sie besteht zurzeit aus 16 Linienschiffen, 3 Panzerkreuzern, 6 kleinen Kreuzern und 2 Tendern, insgesamt also aus 27 Schiffen. Die sechs größten Linienschiffe besitzen ein Deplacement von 13200 Tonnen, die kleinsten ein solches von 10062 Tonnen. Es wird beabsichtigt, in den nächsten Jahren zunächst die kleineren Linienschiffe durch solche von 13200 Tonnen und später von 18000 Tonnen zu ersetzen.

— Anarchismus und Antimilitarismus. Vor einigen Tagen sind bekanntlich in Berlin die Anarchisten Gauter, Mallische und Schauf verhaftet und eine große Anzahl der antimilitaristischen Flugschrift „Soldatenbrevier" beschlagnahmt worden. Wie das Anarchistenblatt „Der freie Arbeiter" mitteilt, ist den beiden zuerst genannten Anarchisten die Anklageschrift bereits zugegangen; sie soll sich auf die §§ 110 und 111 (öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze) sowie auf § 112 (Anreizung einer Person des Soldatenstandes zum Ungehorsam), ferner auf § 130 (öffentliche Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zur Gewalttätigkeit) und endlich auf § 360 (den groben Unfugs-Paragraphen) beziehen.

— Rußland. Durch die Aufmerksamkeit eines Eisen-

SLUB
Wir führen Wissen.